



**mouvement
écologique**

de **Kéisecker** *info*

Périodique du mouvement écologique a.s.b.l.

6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg

Tél.: 43 90 30 1

meco@oeko.lu
www.meco.lu

CCP LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

Mee 9/2026
Paraît au moins 12 fois par an



ENERGIEWOCHEN 2026 (S. 7/8)

EDITORIAL

Léiwe Member,

Und erneut erhalten Sie einen gut gefüllten Kéisecker-info mit zahlreichen Informationen.

Worüber Sie aber keinen Beitrag finden, das ist zur Rede zur Lage der Nation von Premierminister Luc Frieden. Leider waren seine Aussagen im Bereich nachhaltige Entwicklung enttäuschend und ernüchternd. Am problematischsten war dabei nicht, dass er nur am Rande auf die so wichtige Thematik einging.

Am besorgniserregendsten war, was er sagte oder vielmehr nicht sagte. Kein Wort darüber, dass wir eine regelrechte Energietransition brauchen, oder dass verstärkt Instrumente ergriffen werden müssen um auch Haushalte mit weniger Finanzen in der Transition mitzunehmen.

Der Premierminister scheint auch die Dramatik der Situation noch nicht erkannt zu haben, z.B. dass konsequente Reformen notwendig sind, damit das Artensterben gebremst werden kann, was schlussendlich auch uns Menschen zugute kommt. Altbekannte isolierte Maßnahmen wurden kurz angerissen. Wenn schon nur sehr kurz die Thematik der nachhaltigen Entwicklung aufgegriffen wird, dann ist desto wichtiger hier deutliche Akzente zu setzen. Dies wurde verpasst.

Schon fast erschreckend ist zudem auch die Wachstumsgläubigkeit, die diese Regierung immer wieder an den Tag legt.

Das Bewusstsein für Fragen der nachhaltigen Entwicklung fehlt augenscheinlich (noch).

Der Mouvement Ecologique „bleibt um Ball“.

WAT ASS LASS

De Mouvement Ecologique luedt lech härzlech an op folgend Veranstaltungen

ONLINE-KONFERENZ: UM WEE VUN DER ENERGIETRANSITION: Wéi erneierbar Energien de Stroummaart an d'Netzer grondleeënd veränneren

Méindes, den 1. Juni 2026 vun 18.15 - 20.00 Auer



VISITT: WÉI ENG ENERGIEVERSUERUNG FIR EIS HAUSHALTER AN ZUKUNFT?" Visitt un engem zukunftsweisende Quartier mat innovativer Energieversuergung

Samschdes, de 27. Juni 2026 vun 10.00 - 12.30 Auer
am Gemengenatelier Saeul, 1, bei der Baach - Schwebach

ENERGIEWOCHEN 2026:

4 Visitten: Ressourcen schonen, Räume schaffen - nachhaltige Umbauprojekte

11. Juni - 20. Juni 2026



SAVE THE DATE

2026 erwaart lech
erëm e flott Oekofest
an zwar Sonndes, den
20. September am
Pafendall.

Hutt Dir Ureegung fir d'Fest? Sief et fir Kanneranimatioun,
Musek, Visitten, Kuerzvirträg, Kreatives sot eis et!

Och all Mathëllef ass wëllkomm:
meco@oeko.lu.

WAT ASS LASS

Visitt: Zukunftsweisend Energieversuergung

Zesumme mat de Beroder vum Energiepark besichtege mir de Quartier Schwebech an der Gemeng Saeul, e Beispill fir e spannend Energiekonzept

Ein Blick hinter die Kulissen der Energiewende. An einem praktischen Beispiel erfahren Sie, wie ein innovatives Quartiersenergieprojekt funktioniert – und wie die Energieversorgung der Zukunft nicht mehr auf der Ebene einzelner Gebäude, sondern des gesamten Viertels gedacht werden kann.

Im Mittelpunkt steht ein integriertes Energiekonzept, das Geothermie, Photovoltaik und weitere erneuerbare Energieträger intelligent miteinander verbindet. Eine gemeinsame Quartierbatterie ermöglicht es, überschüssige Energie zwischenspeichern und bedarfsgerecht zu verteilen. Über das sogenannte Energie-Teilen können Haushalte und Gebäude innerhalb des Viertels selbst erzeugten Strom untereinander austauschen – ein Modell, das die individuelle Abhängigkeit vom Netz reduziert und die kollektive Versorgungssicherheit stärkt.

Bemerkenswert ist dabei, dass dieses Energiekonzept nicht nachträglich auf ein bestehendes Viertel aufgesetzt wurde, sondern von Anfang an in die Planung eingeflossen ist. So wurde beispielsweise die Verlegung der Geothermieanlagen von Beginn an mit der Gestaltung des öffentlichen Raums abgestimmt. Dieses Zusammendenken von Energie, Städtebau und Alltagsleben macht das Projekt zu einem besonders anschaulichen Beispiel dafür, wie die Energiewende und die Gestaltung lebenswerter Quartiere Hand in Hand gehen können.

Unter fachkundiger Leitung von **Ben Scheitler, Projektleiter beim Energiepark**, werden all diese Aspekte verständlich erklärt und anhand der Installationen vor Ort anschaulich dargelegt. Sie erhalten Einblick in die technischen und organisatorischen Herausforderungen eines solchen Vorhabens, von der Planung und dem Zusammenspiel der verschiedenen Energiequellen bis hin zur konkreten Steuerung der Versorgung im Alltag.



Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Melden Sie sich bitte bis spätestens, den 22. Juni unter: inscription@meco.lu.

Online-Konferenz: Um Wee vun der Energietransitioun

Der für die Energiewende notwendige Ausbau von Sonnen- und Windenergie verändert die Art und Weise, wie Strom produziert, aber auch wie er verteilt und genutzt wird. Denn das heutige Stromsystem wurde für fossile Energieträger entwickelt, die Energie stetig liefern, etwa Kohle und Gas. Erneuerbare Energien sind hingegen wetterabhängig und die Stromproduktion daher von deutlich stärkeren Fluktuationen betroffen.

Dieses neue, fluktuierende Angebot stellt das bestehende Stromsystem vor große Herausforderungen. Um die jeweils zur Verfügung stehende Energie bestmöglich zu nutzen und Angebot und Verbrauch in ein optimales Gleichgewicht zu bringen, müssen sich sowohl der Strommarkt als auch die Stromnetze anpassen.

Die grundlegende Frage lautet daher: Welche strukturellen, technischen und marktwirtschaftlichen Veränderungen sind nötig, um in Zukunft Stromproduktion und -verbrauch bestmöglich aufeinander abzustimmen?

Referent Prof. Dr. Ing. Hans Schäfers: Er ist Professor für intelligente Energiesysteme und Energieeffizienz und Leiter des Competence Center für Energy Transition (CC4E) der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. Dabei spielt die Abstimmung von Angebot und Nachfrage im Bereich der erneuerbaren Energien eine besondere Rolle – und die dafür nötigen Umgestaltungen des gesamten Stromsystems.



Mit der Unterstützung, des Ministeriums für Umwelt, Klima und Biodiversität



Anmeldung / Registration: Um an der Online-Konferenz teilzunehmen ist eine Anmeldung per Mail an inscription@meco.lu oder per Telefon 43 90 30 – 1 erforderlich. Teilnahme-Zertifikate können auf Anfrage ausgestellt werden.

KURZ BERICHT

DATACENTER GOOGLE IN BISSEN: MOUVEMENT ECOLOGIQUE FORDERT VOLLE TRANSPARENZ UND STRENGERE KLIMAAUFLAGEN VOM UMWELTMINISTERIUM

Im Rahmen der öffentlichen Anhörung zum Datacenter in Bissen wies der Mouvement Ecologique in einem 31-seitigen Schreiben auf fundamentale Probleme hin, die mit der Google-Anlage verbunden sind. Heraus stach z.B., dass Google in Luxemburg ein weitaus weniger effizientes Zentrum zu errichten plant verglichen mit ihrem eigenen Standard (!) und dem technisch Machbaren. Der Energieverbrauch des Datacenters in Bissen würde letztlich jenem aller privaten Haushalte zusammen in Luxemburg gleichkommen ... Doch die Liste der Mängel ist noch weitaus länger: Einsatz von umweltbelastenden und äußerst lärmintensiven Dieselmotoren statt Batterien; keine Nutzung der Abwärme, nur sehr marginale Produktion von Solarenergie u.a.m.

Gewusst ist derzeit nicht, wie es im Dossier weitergehen wird. Um mehr Transparenz einzufordern, richtete der Anwalt des Mouvement Ecologique nunmehr ein umfassendes Schreiben an den Umweltminister.

Geheimhaltungsklausel seitens Google aus rechtlicher Sicht nicht zulässig

Die „Geheimhaltung“ von bestimmten Daten, – insbesondere zur Energie- und CO₂-Bilanz – die der Konzern im Rahmen der öffentlichen Prozedur beansprucht, widerspricht laut der fachlichen Analyse geltendem Recht. Denn die von Google geforderte Geheimhaltungsklausel beinhaltet genau jene Informationen, die für die öffentliche Bewertung des Projektes entscheidend sind: Energiebedarf, Emissionen sowie Berechnungen zur Klimabilanz. Solche Daten dürfen nicht als Geschäftsgeheimnis eingestuft werden, sondern sind von erheblichem öffentlichem Interesse.

Gemäß Luxemburger Recht, u.a. demjenigen betreffend den Zugang zu umweltrelevanten Informationen, darf eine Geheimhaltungsklausel in der Tat nicht dazu genutzt werden, um Bürger:innen wesentliche Umweltfolgen eines Projekts vorzuenthalten. Dies ist aber bis dato der Fall, denn gerade diese Unterlagen lagen nicht in der öffentlichen Anhörung aus! Dieses Manko muss seitens des Ministeriums behoben werden. Aus diesem Grund hat der Mouvement Ecologique eine Annullierung der öffentlichen Anhörungsprozedur gefordert.

Offenlegung aller Stellungnahmen von Behörden

Darüber hinaus fordert der Mouvement Ecologique die Offenlegung sämtlicher Stellungnahmen von Ministerien und Verwaltungen, die im Rahmen des Umweltprüfungsverfahrens abgegeben wurden.

Nur so kann nachvollzogen, welche Risiken staatlicherseits identifiziert, welche Bedenken bestehen und welche Auflagen diskutiert werden. Auch diese Dokumente unterliegen der in diversen Gesetzen verankerten Veröffentlichungspflicht.

Valorisierung der Wärme statt Belastung des Klimas

Google würde gemäß derzeitigen Planungen erhebliche Mengen an Abwärme in die Luft stoßen, statt dass sie sinnvoll eingesetzt werden. Moderne Rechenzentren aber speisen ihre anfallende Wärme bereits in Fernwärmenetze ein und versorgen damit Wohnviertel, öffentliche Gebäude oder Industrieanlagen.

Mit der abfallenden Wärme von Google in Bissen könnten Ettelbrück, Diekirch sowie angrenzende Betriebe versorgt werden. Diese wichtige Energie einfach an die Umwelt abzugeben – und somit zur Klimakatastrophe beizutragen – anstatt sie sinnvoll einzusetzen, ist absolut widersinnig.

Von offizieller Seite wird nicht bestritten, dass die Nutzung von Abwärme wichtig und sinnvoll wäre. Angeführt wird jedoch, Google könnte diese Verwendung nicht vorgeschrieben werden, da Luxemburg noch nicht über ein Wärmegesetz verfügt, das dies explizit regeln würde. Dem widerspricht nun der Anwalt des Mouvement Ecologique im Schreiben an den Minister. Die bestehende Gesetzgebung schreibt es derzeit sogar vor, derartige Auflagen im Rahmen der Vorgabe der „meilleure technologie“ zu erteilen. Die Verpflichtung, die Abwärme zurückzugewinnen und effizient zu nutzen, besteht demnach nach Ansicht des Mouvement Ecologique, dies im Sinne einer zeitgemäßen und verantwortungsvollen Energiepolitik.

Angesichts steigender Energiepreise und einer sich zuspitzenden Klimakatastrophe, aber auch der internationalen Verpflichtungen Luxemburgs ist es absolut nicht mehr vertretbar, große Mengen an Wärme ungenutzt an die Umwelt abzugeben. Gerade ein Konzern wie Google müsse höchsten Standards in den Bereichen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit gerecht werden.



Umgang des Umweltministeriums mit Einwänden öffentlich bekanntmachen

Derzeit analysiert das Umweltministerium die Einwände, die im Rahmen der öffentlichen Prozedur zur strategischen Umweltprüfung eingereicht wurden. Daraufhin wird Google informiert, ob sie Verbesserungen an der Anlage / am Dossier durchführen müssen oder nicht, und wenn ja, welche. Diese Analyse des Umweltministeriums ist natürlich zentral für die Fortentwicklung des Dossiers. Sie muss spätestens 80 Tage nach Ablauf der öffentlichen Prozedur (was am 27. März der Fall war) an Google gerichtet werden. Da es sich hierbei um ein öffentliches Dokument handelt, wurde auch dessen Übermittlung im Schreiben des Anwalts des Mouvement Ecologique nachgefragt.

Aus Sicht der Umweltorganisation stellt das Projekt in Bissen deshalb eine grundsätzliche Weichenstellung für Luxemburg dar. Die Entscheidung wird zeigen, ob das Land bereit ist, bei der Ansiedlung großer Technologiekonzerne konsequent auf Transparenz, Energieeffizienz und Klimaschutz zu setzen. Der Mouvement Écologique fordert daher eine umfassende öffentliche Debatte sowie eine transparente und wissenschaftlich fundierte Prüfung aller Klima- und Umweltfolgen, bevor eine endgültige Genehmigung erteilt wird. Man darf gespannt sein auf die Antworten des Umweltministers.

KLIMASOZIALPLAN – EIN INTERESSANTER RAHMEN, DER JEDOCH IN WESENTLICHEN PUNKTEN LEIDER UNZUREICHEND IST

Der Luxemburger Klima- und Sozialplan (PSC) liegt nun endlich vor. Gemeinsam beziehen die Arbeitnehmerkammer, OGBL, LCGB und Mouvement Ecologique Stellung

Ökologischer Wandel und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar miteinander verbunden: Sie sind zwei Seiten derselben Medaille.

Mehr denn je verdeutlicht das aktuelle geopolitische Umfeld, das insbesondere durch die Kriege in der Ukraine und im Iran geprägt ist, die großen geostrategischen und wirtschaftlichen Risiken, denen unsere Gesellschaften aufgrund ihrer untragbaren Abhängigkeit von Importen fossiler Energien ausgesetzt sind.

Darüber hinaus offenbart die aktuelle Krise auch die starke soziale Dimension dieser Problematik: Wie so oft sind es die schwächsten Haushalte, die als Erste unter den Auswirkungen des Anstiegs der Preise für fossile Energieträger leiden – eine Feststellung, die sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene gilt.

Es ist offensichtlich, dass der sozioökologische Wandel die größte Herausforderung unserer Zeit darstellt und der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, die Verbesserung der Energieeffizienz, der Ausbau erneuerbarer Energien sowie die Einführung eines nachhaltigen sozioökonomischen Modells eine unabdingbare Voraussetzung sind, um den heutigen und künftigen Generationen eine lebenswerte Zukunft zu sichern.

Der Sozialplan für das Klima in Luxemburg (PSC), dessen Ausarbeitung im Rahmen der Einführung des neuen europäischen Emissionshandelsystems für Kraft- und Brennstoffe (EU-EHS 2) erfolgt, stellt grundsätzlich eine Schlüsselstrategie dar, um diesen ökologischen Wandel auf gerechte Weise zu gestalten. In diesem Sinne haben sich die CSL, der OGBL, der LCGB und der Mouvement Ecologique (Méco) bereits im Vorfeld der Ausarbeitung des PSC in einer gemeinsamen Stellungnahme ausführlich geäußert.¹

In folgender Stellungnahme legen die CSL, der OGBL, der LCGB und der Mouvement Ecologique ihre Analyse des PSC vor, wie er vom Regierungsrat am 27. März 2026 verabschiedet wurde:

Positive Aspekte des PSC

Es ist zu begrüßen, dass sich der luxemburgische PSC durch Ambitionen auszeichnet, die über das von den europäischen Vorschriften geforderte Minimum hinausgehen, und sich nicht auf eine bloße Aufzählung der Maßnahmen beschränkt, die aus Mitteln des Sozialen Klimafonds (FSC) (mit-)finanziert werden. Zu würdigen ist auch, dass er eine umfassende Strategie darstellt, die sich auf die soziale Dimension der ökologischen Wende konzentriert und damit verbundene Maßnahmen umfasst.

Wir begrüßen zudem Elemente des Prozesses zur Ausarbeitung des PSC, der im Vorfeld der Veröffentlichung des Vorentwurfs des Plans (AP) einen Austausch zwischen den zuständigen Ministerien und verschiedenen Akteuren der Zivilgesellschaft umfasste.

Erfreulich ist zudem, dass die von den Akteuren während der Ausarbeitung des PSC vorgebrachten Anmerkungen teilweise von den Ministerien aufgegriffen wurden und dass die Nachverfolgbarkeit der Bearbeitung dieser Beiträge gewährleistet ist.

Positiv hervorzuheben ist auch, dass das „Monitoring“ der Umsetzung ausdrücklich vorgesehen ist.

Insgesamt stellt der PSC eine Zusammenstellung wichtiger Projekte und Maßnahmen dar.

Die verstärkte Einbindung des STATEC in die Ausarbeitung des Plans und die Festlegung der Maßnahmen ist ebenfalls zu begrüßen. Dennoch muss diese Rolle in Zukunft erheblich gestärkt werden, insbesondere im Hinblick auf verschiedene zentrale Kritikpunkte am PSC. Die Einbindung der Klimaplattform und der Beobachtungsstelle für Klimapolitik in die Überwachung der Umsetzung des Plans – wobei auch die haushaltspolitische Überwachung positiv hervorzuheben ist – verdient Beachtung, auch wenn diese Einbindung nicht direkt auf die haushaltspolitischen Probleme des Plans eingeht, wie sie weiter unten in diesem Dokument angesprochen werden.

Diese positiven Aspekte dürfen jedoch nicht über erhebliche Mängel hinwegtäuschen:

1. Wesentlicher Mangel in Bezug auf DIE zentrale Frage des PSC: die Definition der Zielgruppe, die unterstützt werden soll

Die genaue Definition der Zielgruppe, die vom PSC erreicht werden soll und im Rahmen der ökologischen Wende zusätzliche staatliche Unterstützung benötigt – nämlich schutzbedürftige Haushalte und Kleinunternehmen, die besonders von Energiearmut bedroht sind –, bildet den Eckpfeiler eines wirksamen und zielführenden PSC.

Es ist festzustellen, dass bestimmte textliche Präzisierungen bezüglich der Definitionen von „gefährdeten Haushalten“ und „gefährdeten Verkehrsteilnehmern“ auf unsere Forderung hin in die endgültige Fassung des PSC im Vergleich zum Vorentwurf aufgenommen wurden.

Es muss jedoch festgestellt werden, dass diese Definition nach wie vor weitgehend unzureichend ist und dieses Manko den PSC schwächt. Die ausgewählten statistischen Indikatoren sind nach wie vor sehr begrenzt und ermöglichen es nicht, die vielfältigen Facetten des Risikos der Energiearmut umfassend zu erfassen. In der Praxis handelt es sich bei den identifizierten Haushalten eher um diejenigen, die Schwierigkeiten haben, ihre Energiekosten zu tragen, als um diejenigen, die nicht in der Lage sind, eine aktive Rolle bei der Energiewende zu spielen (beispielsweise durch Investitionen in Wärmepumpen). Dieser Aspekt wird zwar an einigen Stellen des Textes angesprochen – was zu begrüßen ist –, spiegelt sich jedoch nur äußerst begrenzt in der Definition der gefährdeten Haushalte wider.

Dieses Defizit in der Definition der Zielgruppe – nämlich wer unterstützt werden soll und durch welche Art von Maßnahmen – behindert seit Jahren die Umsetzung wirksamer, zielgerichteter Maßnahmen. Der PSC trägt dazu bei, dieses Problem fortbestehen zu lassen. Um den sozioökologischen Wandel in den kommenden Jahren und Jahrzehnten wirksam zu gestalten, ist es unerlässlich, dass die Regierung und die zuständigen Ministerien diese Situation nachhaltig beheben.

➤ **Das STATEC muss über die erforderlichen Mittel sowie über den Zugang zu den notwendigen Daten verfügen, um leistungsfähigere Indikatoren zu entwickeln.** Diese müssen es ermöglichen die Bevölkerungsgruppen, die einem erhöhten Risiko der Energiearmut ausgesetzt sind und im Rahmen des Dekarbonisierungsprozesses (Heizung, Mobilität usw.) zusätzliche finanzielle Unterstützung benötigen, genauer und umfassender zu identifizieren.

➤ Bei der Umsetzung der Maßnahmen des PSC und des PNEC muss gewährleistet sein, dass die **Zielgruppe** klar definiert ist und makroökonomische Analysen belegen, dass die finanziellen Hilfen tatsächlich bedarfsgerecht sind.

2. Mangelnde Klarheit hinsichtlich der verfügbaren Haushaltsmittel

Es ist unerlässlich, die für die Umsetzung des PSC verfügbaren finanziellen Mittel zu kennen. Doch gerade zu diesem entscheidenden Punkt liefert der PSC keine zufriedenstellende Antwort!

Tatsächlich sieht der PSC keine konkrete Haushaltsverpflichtung seitens der Regierung hinsichtlich Investitionen für einen gerechten Übergang vor. Abgesehen von den sehr begrenzten Mitteln, die Luxemburg aus dem Sozialen Klimafonds erhalten dürfte, sowie der Verpflichtung jedes EU-Mitgliedstaats, mindestens 25 % der



geschätzten Gesamtkosten seines PSC zu tragen, werden über diesen Mindestbeitrag hinaus weder eine genaue Budgetierung des Plans noch klare Zusagen für zusätzliche öffentliche Investitionen vorgeschlagen!

Zudem verweist der PSC ausdrücklich auf Haushaltsvorbehalte, insbesondere auf Seite 83: « *Toutefois, l'ensemble des mesures proposées dans le présent document n'a pas encore fait l'objet d'une budgétisation détaillée. Il est entendu que les mesures prévues dans le Plan social pour le climat ayant une incidence sur les finances publiques devront être soumises à la procédure budgétaire ordinaire.* »

Zwar ist es natürlich verständlich, dass jede Maßnahme einer Analyse ihrer budgetären Auswirkungen unterzogen wird, doch zeigt dieses Zitat, dass der PSC in seiner derzeit verabschiedeten Form keine klaren und präzisen Aussagen der Regierung zum Umfang der Investitionen enthält, die zur Begleitung des Übergangs vorgesehen sind. Eine solche Klarstellung wäre jedoch von entscheidender Bedeutung gewesen, insbesondere um eine Priorisierung der Maßnahmen zu ermöglichen. Angesichts der sehr hohen Anzahl geplanter Maßnahmen wäre eine Abwägung der verfügbaren finanziellen Mittel und der nach ihren Kosten zu priorisierenden Maßnahmen notwendig gewesen.

Bei einem Austausch im Rahmen der Klimaplattform am 27. April wiesen Vertreter des MECB darauf hin, dass eine eingehendere Analyse des Staatshaushalts hinsichtlich der verfügbaren Mittel durchgeführt worden sei. Es wäre daher wünschenswert, dass diese Informationen innerhalb der Plattform zugänglich gemacht werden.

Darüber hinaus wird im PSC zu keinem Zeitpunkt präzisiert, welche neuen Maßnahmen tatsächlich aus EU-Mitteln finanziert werden sollen, obwohl dies gemäß den europäischen Vorschriften das Hauptziel des Plans darstellt.²

➤ In Ermangelung einer substanzielleren Haushaltszusage sei an die **entscheidende Bedeutung öffentlicher Investitionen für den ökologischen Wandel** erinnert. In diesem Zusammenhang kann der derzeitige erhöhte Druck auf die öffentlichen Finanzen keinesfalls eine Kürzung dieser Investitionen rechtfertigen, die unerlässlich sind, damit Luxemburg seine Klimaschutzverpflichtungen einhalten und gleichzeitig eine sozial gerechte Dekarbonisierung gewährleisten kann. Ganz im Gegenteil: Für diesen unvermeidlichen Wandel müssen Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

➤ Es ist daher unerlässlich, dass die Regierung die **verfügbaren Haushaltsmittel konkretisiert** und ihnen **absolute Priorität** einräumt.

3. Sozialer Ausgleich: Es fehlen klare Aussagen

Der direkte soziale Ausgleich für die zunehmende Belastung durch Umweltsteuern, die die weniger wohlhabenden Haushalte unverhältnismäßig stark trifft, ist unerlässlich, um die gesellschaftliche Akzeptanz der Klimapolitik zu gewährleisten.

Es ist daher zu begrüßen, dass die Regierung im Rahmen des PSC garantiert, « *que toute forme de taxation carbone, qu'elle soit directe (comme une taxe CO₂) ou indirecte (via un mécanisme de marché),*

¹<https://www.csl.lu/app/uploads/2025/06/position-commune-plan-social-pour-le-climat.pdf>

²Aus den öffentlichen Erklärungen der zuständigen Minister geht hervor, dass ein Modell für soziales Autoleasing Teil der aus europäischen Mitteln finanzierten Maßnahmen sein soll. Der PSC enthält jedoch weder Angaben zum gewählten Modell noch zur Zielgruppe dieser Maßnahme.

³PSC von Luxemburg, 79

sera accompagnée de dispositifs de compensation sociale adaptés » (Maßnahme Nr. 42).³

Die vom STATEC durchgeführte aktualisierte Bewertung der Ausgleichswirkung der CI-CO₂-Steuerentscheidung nach Einkommensquintilen zeigt jedoch eine anhaltende Erosion der Wirkung dieser sozialen Ausgleichsmaßnahme.⁴ Die aktualisierte Wirkungsanalyse zeigt deutlich, dass die Steuergutschrift entgegen den Ergebnissen früherer Analysen⁵, nicht mehr ausreicht, um die Auswirkungen der CO₂-Steuer für Haushalte der Quintile Q1 und Q2 in Bezug auf den Lebensstandard vollständig auszugleichen.

Die Studie betont somit, dass zur Wiederherstellung eines vollständigen Ausgleichs beim aktuellen CO₂-Preis der Grundbetrag der CI-CO₂-von 216 € auf 267 € für Q1 und auf 271 € angehoben werden müsste, um sowohl Q1 als auch Q2 abzudecken. Sie stellt zudem klar, dass jede Erhöhung des CO₂-Preises um 1 €/Tonne eine Anhebung des Grundbetrags der Steuergutschrift um etwa 6 € erfordern würde, um einen vollständigen Ausgleich für die einkommensschwächsten Haushalte aufrechtzuerhalten – ein Tempo, das über den seit Einführung der CO₂-Steuer im Jahr 2021 geltenden 4,8 € pro €/Tonne liegt.⁶

Es ist positiv, dass diese Daten in den PSC aufgenommen wurden; die notwendigen Schlussfolgerungen werden daraus jedoch nicht gezogen.

Für die CSL, den OGBl, den LCGb und die Mouvement écologique ist es unerlässlich, dass die Regierung Abhilfe schafft:

- Eine **substanziellere Neubewertung – einschließlich rückwirkender Maßnahmen – des sozialen Ausgleichsmechanismus (CI-CO₂)** ist unerlässlich, um eine schrittweise Aushöhlung seines Wertes zu verhindern.
- Die **Indexierung der Anspruchsschwellen** erscheint ebenfalls unverzichtbar, um den schrittweisen Ausschluss einer wachsenden Zahl von Haushalten zu verhindern, der mit den automatischen Auswirkungen der Lohnindexierung zusammenhängt. Diese Maßnahme wurde im Rahmen des PSC leider nicht berücksichtigt.

4. Fehlende Priorisierung der Maßnahmen und fehlender Zeitplan für die Umsetzung

Es muss festgestellt werden, dass die 45 Maßnahmen des PSC mehrere gravierende Mängel aufweisen:

- Es wurde keine Priorisierung der Maßnahmen vorgenommen, obwohl offensichtlich ist, dass die Verwaltungskapazitäten des Staates eine gleichzeitige Umsetzung nicht zulassen. **Es wäre unerlässlich gewesen, zumindest grobe Leitlinien für ihre Abfolge und Umsetzung festzulegen.** Diese Bemerkung gilt umso mehr, als kein Finanzrahmen bekannt gegeben wurde;
- Diese Lücke ist umso problematischer, als eine große Anzahl von Maßnahmen (etwa 80 % oder sogar mehr) bereits in anderen Plänen enthalten ist und **von einem Dokument zum ande-ren übernommen zu werden scheint**, ohne wirklichen operativen Mehrwert. Da klare Angaben zu ihrer Umsetzung fehlen, ist es berechtigt zu bezweifeln, dass die Maßnahmen des PSC ein anderes Schicksal ereilen werden.

Vor diesem Hintergrund bestehen die CSL, der OGBl, der LCGb und die Mouvement écologique darauf, dass:

- die **Prioritäten** für die Umsetzung kurzfristig bekannt gegeben werden;
- ein **konkreter und detaillierter Zeitplan** für die Umsetzung aller Maßnahmen erstellt wird.

5. Völliges Fehlen eines Zeitplans für die Umsetzung!

Ein weiterer besonders schwerwiegender Mangel des PSC liegt im völligen Fehlen eines Zeitplans für die Umsetzung aller Maßnahmen.

Angesichts der Dringlichkeit, den Übergang konkret voranzutreiben, erscheint eine solche Lücke kaum zu rechtfertigen. Tatsächlich ist es zweifelhaft, dass Maßnahmen, die teilweise schon seit vielen Jahren ins Auge gefasst, von Plan zu Plan übernommen, jedoch ohne konkrete Entscheidungen über die bereitzustellenden Haushaltsmittel – und in einigen Fällen ohne die für ihre Umsetzung erforderlichen personellen Ressourcen – bleiben, allein aufgrund ihrer Aufnahme in den PSC tatsächlich umgesetzt werden.

Die Unterzeichner sind der Ansicht, dass dieser Mangel einen gravierenden Mangel des Plans darstellt und dessen Glaubwürdigkeit, ja sogar dessen gesamte Umsetzung, gefährden könnte. Wie das bekannte Sprichwort sagt: „*Pabeier ass gedëlleg*“.

Diese Feststellung ist umso besorgniserregender, als eine große Anzahl von Maßnahmen noch nicht umsetzungsreif ist und von der Durchführung vorangehender Studien abhängt. Angesichts der Fristen, die für die Durchführung solcher Studien in Luxemburg in der Regel erforderlich sind, ist jedoch zu befürchten, dass bestimmte Maßnahmen erst unter einer künftigen Regierung umgesetzt werden – sofern diese deren Umsetzung bestätigt.

- Die Unterzeichner fordern, dass alle Maßnahmen des Plans mit einem **klaren, präzisen und verbindlichen Zeitplan für die Umsetzung** einhergehen.

In diesem Zusammenhang möchten die Unterzeichner zur Veranschaulichung in Punkt 6 drei spezifische Maßnahmen ansprechen, bei denen die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte unzureichend erscheinen und deren Umsetzungsgrad nach wie vor unbefriedigend ist.

6. Positive Maßnahmen – aber noch zu konkretisieren

Die CSL, der OGBl, der LCGb und die Mouvement écologique werden nicht im Detail auf alle Maßnahmen des PSC eingehen. Dennoch möchten sie folgende Aspekte hervorheben:

a. Studie zu den mietrechtlichen Herausforderungen der Energiewende (Maßnahme Nr. 13)

Wir begrüßen, dass der PSC die Mieter, die unter den einkommensschwächsten Haushalten überrepräsentiert sind, klar als eine Gruppe identifiziert, die besonders von Energiearmut bedroht ist und zusätzliche finanzielle Unterstützung benötigt. Tatsächlich verfügen diese in der Regel über wenig Spielraum, um ihren Verbrauch fos-

siler Energieträger zu senken, da sie weder die Energieeffizienz ihrer Wohnung verbessern (Isolierung, Modernisierung der Heizung usw.) noch auf einem stark angespannten Mietmarkt immer frei entscheiden können, umzuziehen.

Umso bedauerlicher ist es, dass die vorgesehene Maßnahme – nämlich eine „Studie zu den Herausforderungen der Energiewende im Mietwohnungsbereich“ (Maßnahme Nr. 13)⁷ – noch immer in Ausarbeitung ist, obwohl bereits vor einem Jahr eine Antwort angekündigt wurde. Das Fehlen von Ergebnissen zum jetzigen Zeitpunkt hindert den PSC daran, einen genauen Zeitplan festzulegen. Daher sind konkretere und sofortige Maßnahmen erforderlich, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Lage, die durch eine starke Zunahme des Risikos der Energiearmut gekennzeichnet ist.

b. Verallgemeinerung des Vorfinanzierungsmechanismus (Maßnahmen Nr. 4 und Nr. 6)

Angesichts des anhaltenden strukturellen Defizits bei der energetischen Sanierung des luxemburgischen Wohnungsbestands ist es zu begrüßen, dass der PSC mehrere Maßnahmen vorsieht, um einkommensschwächere Haushalte bei der Finanzierung der oft kostspieligen Renovierung ihrer Wohnungen stärker zu unterstützen.

Zwar bekräftigt der PSC das Engagement der Regierung, einen Vorfinanzierungsmechanismus für die staatlichen Beihilfen namens „Klimabonus Wunnen“ einzuführen und diesen auf den „sozialen Aufschlag“ auszuweiten, doch ist darauf hinzuweisen, dass die Umsetzung dieser Regelung bereits seit mehreren Jahren auf sich warten lässt und so schnell wie möglich erfolgen sollte.

c. Neugestaltung des Klimakredits (Maßnahme Nr. 8)

Positiv ist auch, dass der PSC eine Reform der Regelung für „Klimakredite“ vorsieht, einer Fördermaßnahme, deren soziale Dimension in der Vergangenheit stark geschwächt wurde, insbesondere infolge der bedauerlichen Abschaffung des zinslosen Klimakredits.

Schlussfolgerungen:

Der PSC stellt ein insgesamt positives Maßnahmenpaket dar, und es ist zu begrüßen, dass die Akteure während des gesamten Prozesses ihre Anmerkungen einbringen konnten.

Es muss jedoch festgestellt werden, dass die wesentlichen Anmerkungen der CSL, des OGBl, des LCGb und der Mouvement écologique nicht berücksichtigt wurden, insbesondere was die genaue Definition der Zielgruppe, die Bereitstellung eines konkreten Budgetrahmens sowie die Priorisierung der Maßnahmen mit einem genauen Zeitplan für die Umsetzung betrifft.

Diese Elemente sind jedoch unverzichtbar, damit der PSC ein leistungsfähiges und wirksames Instrument darstellen kann. In der jetzigen Form lassen diese erheblichen und strukturellen Mängel befürchten, dass der PSC nur ein Plan unter vielen bleibt, der in der Praxis weitgehend unberücksichtigt bleiben könnte.

⁴PSC Luxemburg, 84–85.

⁵STATEC, Bewertung der Auswirkungen der CO₂-Steuer (Analysen 08/2020), 12–14.

⁶PSC Luxemburg, 85.

⁷PSC Luxemburg, 41.

VEGGIETABLE



VEGGIE-TABLE: Rotes Zwiebel-Lauch-Gemüse in Blätterteig gewickelt (vegan)

Vegetaresch a vegan kachen, wa méiglech mat biologesch a gläichzäiteg saisonal a regional ugebaute Liewensmëttel verbënnt en ekologesche Liewensstil mam Genoss vum lessen. Schonn zanter 2014 setzt di bekannte Kachbuchautorin Lydie Philippy hier Rezept op www.meco.lu an um Facebook VeggieTable-Album vum Mouvement Ecologique.



Zutaten für 4 Personen:

- 1 Packung Blätterteig (vegan)
- 2 Stangen Lauch
- 2 rote Zwiebeln
- 3 Knoblauchzehen
- Kreuzkümmel
- geräuchertes Paprikapulver
- Kräutersalz
- frisch gemahlener schwarzer Pfeffer
- 2 Esslöffel scharfer Senf
- Piment d'espelette
- 2 Esslöffel Sojasahne

Außerdem:

- Backpapier

Zubereitung

1. Für die **Blätterteigtasche** den veganen Blätterteig aus der Packung nehmen und bei Zimmertemperatur ruhen lassen.
2. In der Zwischenzeit die Lauchstangen putzen, waschen, halbieren und in feine Ringe schneiden.
3. Die roten Zwiebeln schälen, halbieren und in feine Streifen teilen.
4. Den Knoblauch schälen, Mittelkeim entfernen, danach den Knoblauch in feine Scheibchen zer-kleinern.
5. In einer Pfanne etwas Rapsöl geben und das zubereitete Gemüse darin kurz anbraten. Mit Kreuz-kümmel, geräuchertem Paprikapulver, Kräutersalz und frisch gemahlenem schwarzem Pfeffer würzen.
6. Ein Backblech mit Backpapier belegen, den Blätterteig darauf geben. Mit einer Gabel den Boden ein paarmal einstechen.
7. Den scharfen Senf auf den ganzen Blätterteigboden streichen.
8. Das angebratene Gemüse in der Mitte des Blätterteigbodens verteilen, die Ränder des Blätterteigs zuklappen und festdrücken.
9. Das Ganze mit Piment d'espelette bestreuen, mit etwas Sojasahne bestreichen und sofort auf die unterste Backschiene setzen. Bei 180 Grad C etwa 20 Minuten backen.
10. Zum Servieren die Tasche in 4 Teile schneiden und sofort geniessen.

Lydie's Tipps:

- Mit einem leckeren Blattsalat serviert hat man ein nährstoffreiches Hauptgericht.
- Den Lauch stets kurz und bei hoher Temperatur schnell garen. Wenn man den Lauch blanchiert, verliert er seine wertvollen Inhaltsstoffe.
- Dieses Rezept lässt sich auch wunderbar mit anderem saisonalem Gemüse zubereiten.
- Als Fingerfood schneidet man die Tasche in quadratische Stückchen oder man gibt den Blätterteig in kleine Förmchen.

Produktbeschreibung: Lauch, Porree ist ein Zwiebelgewächs und steckt voller Vitamine, Mineralien und Ballaststoffen. Er ist ein vielseitiges Gemüse, kann gekocht, geschmort, gedünstet, gegrillt und sehr klein geschnitten in Rohkost verwendet werden. Generell gilt: je schonender die Zubereitungsmethode, desto mehr wertvolle Stoffe bleiben im Lauch enthalten.

PRESSECOMMUNIQUÉ

NEIN ZU CHEVRONS' SCHIEDSVERFAHREN GEGEN DIE ECUADORIANISCHE REGIERUNG: INTERNATIONALE MOBILISIERUNG FÜR GERECHTIGKEIT IM AMAZONAS

Der Mouvement Ecologique schließt sich einem internationalen Kollektiv aus Umwelt- und Sozialorganisationen an, das auf Initiative von Friends of the Earth entstanden ist, um die von den Aktivitäten des Konzerns Chevron betroffenen Gemeinschaften und Völker Ecuadors zu unterstützen.

Ein emblematischer Fall der Straflosigkeit großer Konzerne

Seit Jahrzehnten leiden die Bevölkerungen der ecuadorianischen Amazonasregion unter den verheerenden Folgen der Umweltverschmutzung durch die Ölförderung von Texaco, heute eine Tochtergesellschaft von Chevron. Im Jahr 2011 verurteilte die ecuadorianische Justiz Chevron nach acht Jahren Verfahren zur Zahlung von mehr als 9,5 Milliarden US-Dollar als Entschädigung für die verursachten Schäden. Dieses Urteil wurde mehrfach bestätigt, zuletzt vom Verfassungsgericht Ecuadors im Jahr 2018.

Gleichzeitig leitete Chevron auf der Grundlage eines bilateralen Investitionsschutzabkommens ein internationales Schiedsverfahren gegen den ecuadorianischen Staat ein. Im November 2025 ordnete das Schiedsgericht den ecuadorianischen Staat an, Chevron 215 Millionen US-Dollar zu zahlen – und stellte damit die wirtschaftlichen Rechte eines multinationalen Konzerns über die Menschenrechte und Verfassungsrechte der ecuadorianischen Bürgerinnen und Bürger.

Problematische Schiedsgerichte und Verfahren müssen abgeschafft werden

Mit seiner Unterstützung dieser internationalen Mobilisierung bekräftigt der Mouvement Ecologique seine Überzeugung, dass private internationale Schiedsverfahren nicht über den souveränen Entscheidungen nationaler Justizsysteme stehen dürfen, und auch nicht über den Grundrechten der Völker. Der Fall Chevron veranschaulicht auf eindringliche Weise die Auswüchse der Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismen (ISDS), die es multinationalen Konzernen ermöglichen, die nationale Justiz zu umgehen und ihre finanziellen Interessen auf Kosten ohnehin geschwächter Staaten und Bevölkerungen durchzusetzen.

Der Mouvement Ecologique fordert gemeinsam mit den unterzeichnenden Organisationen die ecuadorianische Regierung auf, die Urteile ihres eigenen Verfassungsgerichts zu respektieren, die Unabhängigkeit ihres Justizsystems zu wahren und es abzulehnen, die Gerechtigkeit der Völker den Forderungen privater Schiedsgerichte unterzuordnen.

Neben einem Brief an die ecuadorianische Botschaft (in Brüssel), unterstützt der Mouvement Ecologique die Aktion, die von über Organisationen weltweit getragen wird - siehe www.meco.lu - auch, wie von den ecuadorianischen Kolleg:innen gewünscht, mit einem Foto.



KUURZ BERICHT

MEHR BIODIVERSITÄT - MEHR WILDLIBENDE BIENEN

Rund 40 Personen nahmen an der gemeinsam von Mouvement Ecologique (Meco) und Honey Bee Wild Luxembourg (HBWLux) organisierten Konferenz „Das geheime Leben der wild lebenden Honigbienen“ am 4. Mai 2026 mit Dr. Benjamin Rutschmann teil. Ein kurzer Bericht:

In seiner Einleitung ging Roger Dammé kurz auf den Ursprung der Initiative für die Suche und Beobachtung von wild lebenden Honigbienen in Luxemburg im Jahr 2018 ein. Rund 90 Nester konnten inzwischen gefunden werden, von denen allerdings rund ein Drittel in der Zwischenzeit zerstört sind (Baum gefällt oder umgefallen, Fassade abgedichtet usw.).

Seit 2025 sind die wild lebenden Honigbienen in der EU als « gefährdet » eingestuft. Dazu haben auch die mehrjährigen Daten aus Luxemburg, welche von HBWLux an die International Union for Conservation of Nature (IUCN) weitergegeben wurden, beigetragen. Ein Dank ging an die freiwilligen Helfer, die sich drei Mal im Jahr an der Überwachung der bekannten Nester beteiligten.

Rückgang wild lebender Bienenvölker

Wie der Ökologe und Bienenforscher Dr. Benjamin Rutschmann in seinem Vortrag erläuterte, nimmt die Zahl der imkerlich gehaltenen Honigbienenvölker weltweit weiterhin zu. Gleichzeitig deuten verfügbare Daten aus Afrika sowie Nord- und Südamerika auf einen Rückgang frei lebender Populationen hin. Auch in Europa zeichnen Untersuchungen aus sieben Ländern (CH, DE, ES, FR, LU, PL, UK) ein ähnliches Bild. Insgesamt wird der Bestandstrend wild lebender Honigbienen überwiegend negativ bewertet, was sich unter anderem in der Einstufung durch die IUCN als „Endangered“ widerspiegelt.

Große alte Bäume – der bevorzugte Lebensraum

Die Erforschung dieser Populationen gestaltet sich schwierig. Wilde Honigbienen leben häufig verborgen in sogenannten „Bienenbäumen“ – großen, alten Bäumen mit Baumhöhlen von mindestens 30 Litern Volumen. Solche Nistplätze befinden sich oft in dichten Wäldern und sind entsprechend schwer aufzuspüren. Besonders in ausgedehnten Buchenwäldern gleicht die Suche nach besetzten Baumhöhlen daher oft der berühmten Suche nach der Nadel im Heuhaufen.

Citizen-Science-Projekte sollen helfen, mehr Daten über wilde Honigbienen zu sammeln. Doch auch hier ist die Herausforderung groß, verlässliche und wissenschaftlich belastbare Informationen zu gewinnen.

Für das Überleben wildlebender Honigbienen spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Besonders bedeutend ist der Mangel an geeigneten Ressourcen. Eine hohe Biodiversität im Offenland gilt als zentrale Voraus-

Die Folien sowie das Video zur Konferenz finden Sie auf www.meco.lu.



Foto a Video (c) Honey Bee Wild Luxembourg and Mouvement Ecologique
Presentation (c) Dr. Benjamin Rutschmann

setzung für ausreichende Nahrung. Interessanterweise belegen Untersuchungen, dass wilde Völker oft eine geringere Parasitenbelastung aufweisen als Bienenvölker aus der Imkerei.

Auf der Suche nach geeigneten Hohlräumen stehen Honigbienen in Konkurrenz zu anderen Tierarten. Der Wettbewerb um geeignete Nistplätze verschärft sich zusätzlich durch den Mangel an alten Bäumen mit ausreichend großen Höhlungen – jene selten gewordenen „Bienenbäumen“, die für wilde Honigbienen überlebenswichtig sind. Der Schutz der Lebensräume, insbesondere große und alte Bäume, ist demnach ein wichtiges Anliegen.

Gemeinsamer Appell: Stopp dem Gebot der Zerstörung der Nester wild lebender Honigbienen

Im Rahmen der Konferenz wurde auch auf einen gemeinsamen Brief vom Luxemburger Landesverband für Bienenzucht, HBWLux und Meco an die Minister für Landwirtschaft und Umwelt hingewiesen.

Darin fordern die drei Organisationen die Regierung auf, eine großherzogliche Verordnung, welche die obligatorische Zerstörung (!) von Nestern wild lebender Honigbienen festschreibt, endlich zu ändern.



NATURE RESTORATION LAW

LUXEMBURGS NATIONALER RESTAURIERUNGSPLAN: MOUVEMENT ECOLOGIQUE REICHT STELLUNGNAHME EIN

Die **EU-Nature Restoration Law** verpflichtet seit 2024 alle EU-Mitgliedstaaten, bis 2050 degradierte Ökosysteme wiederherzustellen und bereits bis 2030 erste Zwischenziele zu erreichen. Als zentrales Umsetzungsinstrument muss momentan der Mitgliedstaaten einen **Nationalen Restaurierungsplan (NRP)** ausarbeiten und bis September 2026 bei der EU-Kommission einreichen. Da–s luxemburgische Umweltministerium hatte einen ersten Entwurf bis zum 6. April 2026 in die öffentliche Konsultation gegeben.

Der Mouvement Ecologique hat diese Konsultation genutzt und eine **formelle Stellungnahme** eingereicht (rechts in den Downloads abrufbar / auf unserer Internetseite einsehbar).

Diese Stellungnahme ist ganz in der Kontinuität der Arbeit der letzten Jahre. Zur Erinnerung: Vor zwei Jahren wurde zum Antritt der neuen Regierung eine ausführliche **Broschüre zur Biodiversitätskrise** in Luxemburg veröffentlicht (LINK https://www.meco.lu/wp-content/uploads/2024/04/Biodiversiteitskris_HP-1.pdf), in der die zentralen Hemmnisse im Naturschutz analysiert wurden. Darunter die schlechende Umsetzung des 3. Plan national pour la Protection de la Nature (PNPN3), die fehlende interministerielle Zusammenarbeit und die strukturellen Hürden in der Gesetzgebung. Es ist ernüchternd festzustellen, dass diese **bekanntesten Hemmnisse** im vorliegenden NRP-Entwurf erneut **nicht einmal thematisiert, geschweige denn angegangen** und derart Versäumnisse von einem Plan in den nächsten weitergeschleppt werden.

Zunächst ist aber zu betonen, dass Luxemburg **Anerkennung** dafür verdient, mit dem **PNPN3** bereits vor Jahren ein **wegweisendes, verbindliches Instrument** für den Naturschutz geschaffen zu haben. **Dessen Ziele zum Erhalt und Wiederherstellung von Lebensräumen und Arthabitaten sind immer noch richtig und müssen beibehalten werden.** Was jedoch am NRP eindeutig zu kritisieren ist: Er blendet komplett aus, dass der **PNPN3** bereits heute nicht ausreichend umgesetzt wird. Eine vorgeschaltete ehrliche Analyse der Hemmnisse – warum Ziele verfehlt werden, welche strukturellen, finanziellen und politischen Blockaden bestehen – wäre von Nöten gewesen, damit im NRP Maßnahmen zum Gegensteuern hätten getroffen werden können. Stattdessen werden dieselben Ziele in ein neues Format übertragen, ohne die Ursachen des Scheiterns zu benennen oder zu beheben.

So werden auch die in der **Landwirtschaft benötigten Änderungen**, als **größter Hebel für die Biodiversität und den Erfolg von Restaurierungsmaßnahmen, nicht ausreichend analysiert und Instrumente um gegenzusteuern vorgelegt.** Die Pestizidreduktion, eine Reform der Agrarförderung und die Einführung einer Gemeinwohlprämie für Landwirte fehlen so z.B. als konkrete Maßnahmen.



Generell bleibt der Plan **ohne konkrete Maßnahmen.** Der Maßnahmenenteil – das Herzstück eines jeden Restaurierungsplans – fehlt im Entwurf weitgehend. Es wurde lediglich angegeben, er würde parallel zur Konsultation ausgearbeitet werden. Er lag demnach bei der öffentlichen Konsultation zum NRP nicht zur Einsicht vor. Das macht eine sinnvolle Beteiligung der Öffentlichkeit faktisch unmöglich.

So ist es z.B. auch überraschend, dass die detaillierten Handlungsempfehlungen aus der seit 2020 für Luxemburg vorliegenden **nationalen Grünlandstrategie** nicht im NRP aufgegriffen wurden.

Schließlich ist die **Suchraumkulisse** – die Karten, die zeigen, wo welche Habitats restauriert werden sollen – methodisch nicht nachvollziehbar. Die Datengrundlagen fehlen.

Der Mouvement Ecologique kommt zum Schluss, dass vor allem aufgrund des teilweise fehlenden Inhaltes im NRP die öffentliche Konsultation annulliert und nach Vervollständigung des Dokumentes erneut durchgeführt werden muss. Die Stellungnahme wurde am 05.05.26 übermittelt und der Mouvement Ecologique steht für einen weiteren fachlichen Austausch zum NRP zur Verfügung.

Den ganzen Einspruch finden Sie hier: <https://www.meco.lu/de/blog/documentcenter/luxemburgs-nationaler-restaurierungsplan-mouvement-ecologique-reicht-stellungnahme-ein/>



Im Rahmen der Nature Restoration Law müssen alle EU-Mitgliedsstaaten 30 % bestimmter Ökosysteme bis 2050 wiederherstellen. Feuchtgebieten und extensiv bewirtschaftetem Grünland kommen in Luxemburg eine besondere Bedeutung zu.

AN DER AKTUALITÄT

LETZTE CHANCE: GENTECHNIK-DEREGULIERUNG VERHINDERN!

Gentechnik in meinem Essen, in meinem Garten, auf meinem Acker? Strenge EU-Gentechnik-Regeln stellen bisher sicher, dass alle gentechnisch veränderten Organismen auf Risiken geprüft, gekennzeichnet und rückverfolgbar sind. Darauf können sich Verbraucher:innen, Landwirt:innen und Züchter:innen bisher verlassen und selbst entscheiden, was sie essen und anbauen wollen.

Dieses Recht auf Transparenz und Wahlfreiheit ist in Gefahr. Die EU plant eine massive Aufweichung des Gentechnikrechts. Die meisten Pflanzen aus neuen gentechnischen Verfahren (NGT), wie etwa der "Genschere" CRISPR/Cas, sollen künftig ohne Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit und ohne vorherige Risikoprüfung vermarktet werden.

Unterhändler von EU-Parlament, Ministerrat und Kommission haben sich im Dezember 2025 auf eine solche Aushöhlung des EU-Gentechnikrechts geeinigt. Die EU-Mitgliedstaaten haben diese Einigung noch vor Weihnachten informell abgesegnet.

Das letzte Wort hat jedoch das EU-Parlament. Wird es dieser weitreichenden Deregulierung zustimmen? Noch 2024 hatten die Abgeordneten die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit aller Gentechnikprodukte gefordert. Patentiertes Saatgut sollte grundsätzlich verboten werden.

Save Our Seeds fordert die Politiker:innen im EU-Parlament dazu auf, den gentechnikfreien Anbau und die Kennzeichnung von Gentechnik-Lebensmitteln zu sichern und sich für den Schutz ökologischer Pflanzenzüchtung einzusetzen. Patente auf Saatgut lehnen wir ab.



Jetzt aktiv werden!

Die EU-Abgeordneten dürfen der Einigung vom Dezember nicht zustimmen, ohne sie grundlegend zu verbessern. Bitte nutzen Sie das Email-Tool, um diese Forderung direkt an die Abgeordneten des EU-Parlaments zu richten!

Das Tool bleibt bis zur Plenarabstimmung im Frühjahr aktiv. Die Emails sind vorformuliert – Sie wählen nur das Land und die Abgeordneten aus und versenden Ihre Nachricht.



ENERGIEWOCHEN 2026 :

Ressourcen schonen, Räume schaffen - nachhaltige Umbauprojekte

Die diesjährigen „Energiewochen“ des OekoZenter Pafendall, in Zusammenarbeit mit dem Mouvement Écologique, finden vom **11. Juni bis zum 20. Juni** statt.

Alle Akteure aus dem Bausektor und interessierte Privatleute sind herzlich auf vier Besichtigungen von Wohngebäuden eingeladen.

Die Energiewochen finden traditionsgemäß unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Wohnungsbau und Landesplanung, des Ministeriums für Wirtschaft sowie des Ministeriums für Umwelt, Klima und Biodiversität statt.



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère du Logement et de
l'Aménagement du territoire



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Économie



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de l'Environnement, du Climat
et de la Biodiversité

Wie wollen wir in Zukunft bauen – und vor allem: wo? Diese Frage steht im Zentrum der Energiewochen 2026. Unter dem Motto „Ressourcen schonen, Räume schaffen“ rücken in diesem Jahr gezielt Umbau- und Sanierungsprojekte in den Mittelpunkt. Denn die Antwort auf viele aktuelle Herausforderungen im Bau- und Wohnsektor liegt nicht primär im Neubau, sondern im intelligenten Umgang mit dem Bestand.

Luxemburg steht vor einem doppelten Druck: Einerseits besteht ein akuter Bedarf an zusätzlichem Wohnraum, andererseits müssen die Klimaziele konsequent eingehalten und Ressourcen geschont werden. Der Gebäudesektor spielt hierbei eine Schlüsselrolle. Während sich der öffentliche Diskurs häufig auf Neubauprojekte konzentriert, bleibt das enorme Potenzial des bestehenden Gebäudebestands bislang weitgehend ungenutzt.

Dabei sind die Vorteile offensichtlich: Schätzungen zufolge stehen in Luxemburg zwischen 5 und 10 % der Gebäude leer. Gleichzeitig bieten zahlreiche Bestandsgebäude Möglichkeiten zur Nachverdichtung, Umnutzung oder energetischen Verbesserung. Ihre Aktivierung ermöglicht es, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen – ohne weitere Flächen zu versiegeln und ohne den erheblichen Ressourcenverbrauch, der mit Neubauten einhergeht.

Ein zentraler Aspekt ist dabei die sogenannte „graue Energie“. Diese umfasst jene Energie und Emissionen, die bereits in einem Gebäude gespeichert sind – etwa durch die Herstellung der Baustoffe und den Bauprozess. Während ein Neubau hohe zusätzliche CO₂-Emissionen verursacht, können durch den Erhalt und die Weiterentwicklung bestehender Gebäude in vielen Fällen zwischen 50 und 75 % dieser Emissionen eingespart werden. Vor dem Hintergrund der europäischen und nationalen Klimaziele wird deutlich: Umbau und Renovierung sind keine Nischenlösung, sondern eine zentrale Strategie zur Dekarbonisierung des Bausektors.

Doch nachhaltige Umbauprojekte leisten weit mehr als einen Beitrag zum Klimaschutz. Sie ermöglichen es, bestehende Strukturen weiterzudenken, Orte zu beleben und neue Wohnformen zu schaffen. Sie nutzen vorhandene Infrastrukturen, stärken gewachsene Quartiere und können häufig schneller umgesetzt werden als Neubauprojekte. Gleichzeitig eröffnen sie Chancen für innovative architektonische und technische Lösungen – etwa durch flexible Nutzungskonzepte oder die Wiederverwendung von Bauteilen und Materialien im Sinne einer Kreislaufwirtschaft.

Dennoch stehen Umbau- und Sanierungsprojekte in der Praxis oft vor erheblichen Hürden – sei es durch regulatorische Anforderungen, finanzielle Rahmenbedingungen oder administrative Verfahren, die häufig noch auf den Neubau ausgerichtet sind. Umso wichtiger ist es, erfolgreiche Beispiele sichtbar zu machen und den fachlichen Austausch zu fördern.

Genau hier setzen die Energiewochen an: Sie bieten eine Plattform, um konkrete Projekte vor Ort erlebbar zu machen, Einblicke in Planungs- und Bauprozesse zu geben und den Dialog zwischen Fachleuten, Bauherren und Öffentlichkeit zu stärken. Die vorgestellten Projekte zeigen, wie vielfältig die Ansätze sein können – von der behutsamen Sanierung über die kreative Umnutzung bis hin zur gezielten Nachverdichtung.

Die Energiewochen 2026 laden dazu ein, den Blick zu verändern: weg vom reinen Neubau, hin zu einer ganzheitlichen Betrachtung des Bauens. Der Bestand ist keine Einschränkung, sondern eine Chance. Wer ihn klug nutzt, kann Ressourcen schonen, Emissionen reduzieren und gleichzeitig dringend benötigten Raum schaffen. Oder anders gesagt: Die nachhaltigste Fläche ist die, die wir nicht neu bauen müssen.

1. Mamerhaff

Jeudi, 11 juin à 18h00 à Mamer

Maîtres d'ouvrage: Famille Seven - Architecte: stdm architectes et urbanistes

Le projet Mamerhaff consiste en la transformation d'une ancienne ferme située au cœur de Mamer, initialement destinée à la démolition. L'intervention vise à réinterpréter le bâti existant en lui offrant une nouvelle fonction combinant logements et espaces dédiés aux soins et au bien-être. Fortement attaché à ce lieu familial, le maître d'ouvrage a souhaité en valoriser les potentiels pour en faire un espace de vie et de travail collectif. Le projet repose sur un équilibre entre conservation et interventions contemporaines affirmées, permettant de préserver l'identité du site tout en répondant aux besoins actuels.



Le projet s'inscrit dans une démarche de réemploi et de valorisation des structures existantes. Une grande partie du bâti, notamment la façade de la grange, a été conservée afin de limiter les démolitions et réduire les déchets. Les volumes ont été adaptés à de nouveaux usages dans une logique d'économie circulaire. Les interventions privilégient le bois massif et des matériaux écologiques, tels que des isolants naturels comme la laine de mouton, ainsi que le réemploi de certains éléments techniques.

Une approche bioclimatique a été intégrée dès la conception, notamment via un dispositif de protection solaire en toiture composé de lamelles métalliques, régulant les apports solaires et limitant les surchauf-

fes. Les toitures plates sont végétalisées avec des plantes mellifères, favorisant la biodiversité et la gestion des eaux pluviales. La réutilisation des structures existantes permet également de réduire l'énergie grise et la consommation globale sur le cycle de vie du bâtiment.

Le projet intègre des équipements performants recourant aux énergies renouvelables. Des panneaux photovoltaïques et thermiques assurent la production d'électricité et d'eau chaude sanitaire. Un système de chauffage par le sol à basse température optimise la consommation énergétique. L'ensemble de ces dispositifs contribue à couvrir une partie des besoins tout en réduisant l'impact environnemental.

Le projet Mamerhaff constitue un exemple de rénovation durable conciliant préservation du patrimoine, performance énergétique et réduction de l'impact environnemental. Il illustre les enjeux de transition écologique et de construction responsable, reconnu par le prix spécial « Rénovation énergétique exemplaire » du Bauhärenpreis de l'OAI en 2020.

2. Rénovation et extension d'un ancien bâtiment Post au centre de Remich

Mardi, 16 juin à 16h30 à Remich

Maîtres d'ouvrage : Fonds du Logement - Architecte : Atelier du Sud et Besch Da Costa Architectes

Le projet concerne la rénovation et l'extension d'un bâtiment situé au cœur de Remich. Il comprend deux surfaces commerciales au rez-de-chaussée (dont une avec sous-sol) ainsi que six logements répartis aux étages, entre la partie rénovée côté place du marché et la partie reconstruite côté Moselle. Un patio central apporte lumière et qualité spatiale au cœur de la parcelle.



Les logements traversants sont orientés entre la cour intérieure et les espaces publics environnants. Les accès se font depuis l'esplanade et la place du marché. Le projet propose ainsi une organisation fonctionnelle claire, favorisant à la fois la mixité des usages et la qualité d'habitation.

Une attention particulière est portée à la gestion du risque d'inondation. Le sous-sol, situé sous le niveau de crue HQ100, est conçu pour être inondable sans dommages majeurs. Les locaux techniques sont implantés hors zone à risque, et des dispositifs spécifiques permettent de sécuriser le bâtiment en cas de crue.

Le projet valorise également le patrimoine existant : certaines structures, comme les caves voûtées, sont conservées, et le grenier de l'ancienne poste est maintenu comme habitat pour les chauves-souris.

Sur le plan constructif, la nouvelle aile est réalisée en béton armé, tandis que les interventions dans le bâtiment existant restent ciblées afin de préserver au maximum la structure en place.

Les installations techniques reposent sur un raccordement au réseau de chauffage urbain ainsi que sur une ventilation centralisée avec récupération de chaleur.

Ce projet illustre une approche intégrée de la transformation du bâti existant, conciliant densification, qualité architecturale et adaptation aux contraintes environnementales.

3. Restructuration de deux maisons à Remich

Mardi, 16 juin à 18h00 à Remich

Maîtres d'ouvrage : Fonds du Logement - Architecte : Atelier 618

Le projet porte sur la restructuration de deux maisons situées dans un quartier historique de Remich, caractérisé par ses ruelles étroites et son tissu bâti dense. Les bâtiments sont destinés à la location subventionnée et proposent une offre de logements adaptée à différents besoins.

La maison située rue Dauvelt est transformée en trois appartements traversants de deux chambres. Les combles sont aménagés et bénéficient d'un apport de lumière naturelle, tandis que les caves et locaux techniques sont installés au sous-sol. Un accès direct mène à un jardin commun, partagé avec la seconde maison.

La maison de la rue St Nicolas est, quant à elle, réorganisée en une grande habitation familiale répartie sur plusieurs niveaux, avec une distribution fonctionnelle et des espaces de vie adaptés. À l'arrière, la démolition d'annexes permet de dégager une cour et de recréer un jardin commun accessible à l'ensemble des habitants. Des emplacements de stationnement ainsi que des espaces pour vélos et équipements complètent l'aménagement.

EKOLOGESCH BAUBERODUNG

Le projet s'appuie sur une approche respectueuse du bâti existant : les structures en maçonnerie sont en grande partie conservées et complétées par de nouveaux éléments, notamment des dalles en béton et des charpentes en bois.

Les installations techniques privilégient les énergies renouvelables, avec une pompe à chaleur géothermique, des panneaux solaires hybrides pour la production d'eau chaude et d'électricité, ainsi qu'un système de ventilation performant avec récupération de chaleur.

Ce projet illustre une transformation attentive du patrimoine existant, conciliant qualité d'habitat, densification douce et amélioration énergétique.



4. Transformation d'une ferme en habitat durable intergénérationnel

Samedi, 20 juin à 15h00 à Bertrange

Maîtres d'ouvrage : Famille Lorang - Architecte: Architecte Lorang sàrl

La transformation de la grande grange de notre ferme à Bertrange constitue la 3e et dernière phase des importants travaux commencés en automne 2024.

Ce projet consiste en la création sur 3 niveaux de 2 logements pour 2 de nos filles, avec entre les logements, au rez-de-chaussée un grand local vélos commun et à l'étage un local technique commun.

Comme la ferme est protégée comme patrimoine culturel national, il a fallu trouver l'accord de l'INPA pour créer de nouvelles ouvertures pour des apports de lumière naturelle dans les logements. De grandes baies seront notamment créées sur les 2 pignons, de même que l'installation de fenêtres de toiture de type Velux sur le versant nord.



L'intérieur de la grange sera entièrement réalisé en bois – structure portante, planchers (en bois massif), escaliers, charpente – avec quelque renforts en acier. La structure portante en bois sera fixée aux murs extérieurs pourvus d'un enduit au calcaire, l'étanchéité à l'air sera réalisée par des panneaux ESB (plus écologiques que OSB) et l'isolation insufflée sera en fibres de bois (12cm). La toiture sera réalisée comme suit: sous les chevrons en bois massif (KVH), des panneaux ESB feront l'étanchéité à l'air, au-dessus des panneaux rigides en fibres de bois de 80mm supporteront les lattes et les liteaux sur lesquels sont fixés les ardoises naturelles. Entre les chevrons une isolation en fibres de bois de 220mm sera insufflée.

La dalle de sol au rez-de-chaussée sera réalisée comme dans les bureaux en face, à savoir 25cm de gravier 8/32 de Folschette, 5 cm de mélange sable/calcaire, un papier huilé, isolation en panneaux de liège 2x8cm, puis chauffage au sol posé dans des blocs Lithotherm (granulés de basalte), et enfin parquets en bois massif ou carrelages.

Les logements seront chauffés par une pompe à chaleur géothermique, 3 forages à 100m de profondeur sont déjà réalisés (gaz réfrigérant R290 = propane plus durable et plus respectueux de l'environnement). Une installation de ventilation à double flux sera installée. Des panneaux photovoltaïques orientés plein sud alimenteront toutes les installations de même que 2 batteries.

Une grande citerne de récupération des eaux pluviales (15'000 litres) a été enterrée dans la cour (alimentée par les 2 pans de la grange, la moitié du toit de la maison et la toiture plate de l'annexe à la maison). Les eaux sont utilisées pour les 6 toilettes, les machines à laver, l'arrosage du grand jardin et du potager, et le nettoyage des vélos.

Anmeldung erforderlich - Praktisches

Die Visiten dauern 1 bis 2 Stunden. Die Teilnahme ist **kostenlos**. Die Besichtigungen finden in der Regel **auf Luxemburgisch** statt. Zusätzliche Erläuterungen auf **Deutsch** und **Französisch** werden nach Bedarf angeboten. Nach der Anmeldung erhalten Sie weitere praktische Details.

Das Oekozer Pafendall ist ein anerkanntes Weiterbildungszentrum. Die Teilnahme an der Konferenz kann Ihnen als Fortbildung anerkannt werden.

Eine **vorherige Online-Anmeldung** zu dem Vortrag und den Visiten ist erforderlich:

<https://oeko.limesurvey.net/246121?lang=de>



Bei Rückfragen stehen wir Ihnen über oekozer@oeko.lu und Tel 439030-40 gerne zur Verfügung.

Renovieren oder bauen Sie?



**oekobib
mediathék**

Wollen Sie sich über ökologische Baumaterialien und Bauweisen informieren, für welche es sogar eine staatliche Unterstützung gibt? Die ökologische Bauberatung des Oekozer Pafendall und des Wohnungsbauministeriums beraten Sie gerne: bauberodung@oeko.lu.

Auf der Internetseite oekobib.lu, der Mediathék des Oekozer Pafendall, finden Sie im Themendossier „Ökologisches Bauen und Wohnen“ eine Auswahl empfehlenswerter Veröffentlichungen in diesem Bereich. Eine Suchmaschine erlaubt Ihnen darüber hinaus das gesamte Angebot der Mediathék durchzusehen.

MOVE.

move.

FËNNEFOPZWIELEF ASS ERËM LIVE!

Der move.Podcast ist nach langer Pause endlich wieder hörbar, diesmal erzählen Julie, Alex und Sophie von ihrer Reise nach Berlin. Dort waren sie nicht nur auf der „Wir haben es satt!“ Demo sondern auch auf einer der größten Landwirtschaftsmesse überhaupt, und bei der Heinrich-Böll-Stiftung um dort Vorträge zu hören und Infomaterialien zu bekommen.

Finden könnt ihr den Podcast beim Radio ARA/Graffiti

<https://www.radioara.org/episodes/zusammen-op-der-demo/>



**FËNNEF
OP
ZWIELEF**

DE POLITESCHEN NOHALTEGKEETS
PODCAST VU **move.**



**mouvement
écologique**

Herausgeber Mouvement Écologique a.s.b.l.

6, rue Vauban . L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal . Tel.: 43 90 30-1 . Mail: meco@oeko.lu

meco.lu